

Friedenshoffnung in Libyen und Chance für die EU

Bruno Nestler

Nr. 5/2020

Hintergrund

Libyen ist nach dem gewaltsamen Sturz Gaddafis 2011 im Bürgerkrieg versunken. Der Konflikt rief immer mehr ausländische Mächte auf den Plan, die die Kontrahenten unterstützten. Doch nun verhandeln die Konfliktparteien über Friedensbedingungen und eine Zukunft als Einheitsstaat. Für Dezember 2021 wurden Wahlen angekündigt, doch die Friedenspläne haben auch Gegner.

Kernaussage

- Nach mehreren erfolglosen internationalen Vermittlungsversuchen scheint diesmal ein Durchbruch möglich. Dabei könnte auch die von den Kriegsfolgen massiv betroffene EU eine stärkere Rolle spielen.
- Die Intervention der Türkei und Katars auf Seiten der international anerkannten Regierung von Al-Sarradsch in Tripolis im ersten Halbjahr 2020 brachte die Wende und eine militärische Pattstellung. Im Zusammenwirken mit den folgenden Protestbewegungen der gesamten Bevölkerung wegen der katastrophalen Wirtschaftslage wurde die Tür für eine neuerliche Friedensinitiative geöffnet.
- Gemäß Waffenstillstandsabkommen haben alle ausländischen Truppen bis Ende Jänner 2021 das Land zu verlassen. Eine wichtige Voraussetzung, um eine neuerliche und umfassende Eskalation zu verhindern.
- Die Türkei wird als Game-Changer den Lohn für ihr militärisches Engagement von Libyen einfordern. Russland unterstützte General Haftar „nur“ mit Kämpfern einer privaten Militärfirma, wird aber trotzdem seinen Einfluss im strategisch wichtigen Libyen nicht aufgeben wollen.
- Ägypten ist um die Sicherheit seiner Westgrenze besorgt und hat daher eine militärische Intervention angedroht. Auch die türkisch-libysche Moslebruderschaft ist für Kairo ein rotes Tuch.
- Die EU-Staaten sind in der Libyenfrage gespalten. Frankreich unterstützte verdeckt General Haftar und Italien die Regierung in Tripolis. Griechenland stellte sich wegen des umstrittenen türkisch-libyschen Abkommens aus 2019 gegen Al-Sarradsch und will alle Libyen-Beschlüsse der EU blockieren. Deutschland hat bisher im Konflikt neben der UNO die Hauptvermittlerrolle inne.
- Europa würde von einem stabilen und befriedeten Libyen stark profitieren und sollte sich daher für eine Normalisierung der Verhältnisse einsetzen.
- Für den Friedensprozess ist es unerlässlich, den Einfluss der externen Mächte zu reduzieren. Unter Federführung der UNO könnte aber die EU maßgebliche Unterstützung bei politischen Prozessen und beim Wiederaufbau leisten. Voraussetzung ist allerdings, dass sich ihre Mitglieder – im eigenen Interesse – zu einer gemeinsamen Position durchringen.

Contrapunkt

Die internationale Gemeinschaft, auch die bisher im Libyenkonflikt passive USA, fordert, die Zukunft Libyens nur von den Libyern bestimmen zu lassen. Erdogan nimmt aber die bisherigen Beschlüsse der Verhandler, „weil auf zu niedriger Ebene“, nicht zur Kenntnis. Entscheidend kann dabei sein, ob sich Ankara und Moskau auf eine gemeinsame Position einigen. Das könnte den Friedensprozess entweder fördern oder aber konterkarieren.